

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell: die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklametell: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Notverordnung über deutsche Abwehrzölle Ermächtigung der Regierung zur Erhebung von Valuta-Ausgleichs- und Vergeltungszöllen

— Berlin, 20. Jan. Amtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen mitgeteilt: „Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszölle zu erheben;

2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens sechs Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung erhöhter Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.“

Die Notverordnung gibt also der Regierung zunächst das Recht, gegenüber solchen Ländern Zollausschläge einzuführen, deren Währungsseinheit unter die Goldparität gesunken ist. Bekanntlich ist dies in einer großen Reihe von europäischen und überseeischen Ländern der Fall, so daß die Möglichkeit zu Zollveränderungen, die diese Bestimmungen gewährt, außerordentlich weittragend ist.

Die neuen Butterzölle

Die Durchführungsbestimmungen zu der neuen Zoll-Notverordnung, die sich zum Teil auch auf die frühere Zollermächtigung beziehen, ändern praktisch zunächst lediglich den Butterzoll. Demnach tritt ein differenzierter Butterzoll in Kraft, dessen unterste Grenze 50 % und dessen oberste Grenze 170 % je Doppelzentner ist.

Das Inkrafttreten der vorstehenden Neuregelung für den Butterzoll ist noch nicht endgültig festgesetzt. Es ist aber noch im Laufe dieser Woche zu erwarten. Bisherige sonstige Zollmaßnahmen auf Grund der neuen Zollnotverordnung zu erwarten sind, läßt sich noch nicht übersehen.

Die Maßnahmen zur Erntesicherung

Das Reichskabinett hat sich bisher noch nicht abschließend mit den weiteren vom Reichs Ernährungsminister angeregten Maßnahmen zur Erntesicherung befaßt. Es handelt sich dabei, wie bekannt, in der Hauptsache um die Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln und mit Saatgut. Der Plan läuft darauf hinaus, eine Vorratshaltung für Dünger- und Saatgutkredite einzuführen, wobei nach den gegenwärtigen Gedankengängen die Kredite im gleichen Range wie Vorkaufkredite rangieren würden. Außerdem soll das Reich eine Ausfallbürgschaft für ein Viertel der Düngerkredite übernehmen. Angesichts der Eilbedürftigkeit der Aktion wird in unterrichteten Kreisen mit beschleunigtem Abschluß der Verhandlungen gerechnet, so daß die Durchführung jedenfalls noch vor der Konferenz von Lausanne erfolgt.

Der deutsche Außenhandel 1931

Im Dezember 1931 hat die deutsche Einfuhr von 482 auf 488 Millionen RM. zugenommen. Die Ausfuhr wird mit 712 Millionen RM. ausgewiesen gegen 784 Millionen Reichsmark im Vormonat. Die Reparationslieferungen, die im November 14 Millionen RM. betragen, erscheinen im Dezember mit einem Betrage von 26 Millionen RM. Die Gesamtanfuhr beträgt daher 788 (749) Millionen RM. Einschließlich der Reparationslieferungen beläuft sich im Dezember der Ausfuhrüberschuß auf 250 Mill. RM. gegen 267 Mill. RM. im November.

Im ganzen Jahre 1931 betrug die tatsächliche Einfuhr 6632 (im Jahre 1930: 10 200) Mill. RM. und die Ausfuhr 9206 (11 320) Mill. RM. Die Reparationslieferungen haben sich von 707 auf 393 Mill. RM. vermindert. Die Handelsbilanz im Jahre 1931 (unter Berücksichtigung der Lagerabrechnungen) schließt bei Einrechnung der Reparationslieferungen mit einem Ausfuhrüberschuß von 2967 Mill. RM. ab. Gegenüber dem Vorjahr, das eine tatsächliche Aktivität von rund 1800 Mill. RM. aufwies, hat der Ausfuhrüberschuß um nicht ganz 1200 Mill. RM. zugenommen.

Frankreich hält an den Tributem fest

Lavals Regierungserklärung betont das „Recht auf Reparationen“ und bestätigt die französische Abrüstungstheze

— Paris, 20. Jan. Die französische Regierung stellte sich am Dienstag nachmittag der Kammer vor. Ministerpräsident Laval verlas die Regierungserklärung, in der die Haltung der Regierung zu den großen internationalen Fragen — Tribute und Abrüstung — festgelegt ist. Die Erklärung wurde vor vollbesetztem Hause abgegeben. Briand war nicht erschienen. Ministerpräsident Laval wies einleitend auf die vergeblichen Bemühungen zur Bildung einer Einheitsregierung hin, um dann sofort auf die Tributfrage überzugehen.

Die Weltkrise hat, so führte er aus, die Meinung der Völker verwirrt und eine Reihe von Lösungsvorschlägen aufstehen lassen, die mehr auf „Einbildung“ aufgebaut sind als auf Tatsachen. Die Annullierung der Reparationen und der interalliierten Schulden würde eine Folge dieser Geistesverfassung sein. (1) Wir werden aber keine Lösung zur Lösung der Krise annehmen können, welche die besonderen Interessen Frankreichs und seine durch freiwillig anerkannte Verträge verbrieften Rechte verletzen würde. Wir werden uns das Recht auf die Reparationen nicht streitig machen lassen. Man verlangt von uns eine Quittung zugunsten unseres Schuldners. Wir haben aber die Pflicht gegenüber der Generation, die den Krieg erlebte, nichts von unseren Forderungen ohne eine gleichzeitige Aufhebung unserer Schulden zu opfern, und wir haben gegenüber der kommenden Generation die Pflicht, jedes Abkommen einem gerechten Ausgleich der Erzeugung und Lebenshaltungskosten unterzuordnen. Dieser Ausgleich würde aber nicht bestehen, wenn, sobald einmal die Krise vorüber ist, die ungleichmäßige Verteilung der finanziellen Lasten uns in der internationalen Konkurrenz in eine schlechtere Lage als andere Länder bringen würde. Die Regierung wird sich bei allen Verhandlungen an diese Grundsätze halten, die auch von der Kammer immer wieder anerkannt worden sind.

Laval ging sodann auf die in n e r e Wirtschaftskrise über und erklärte, die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, die sich für die Industrie, den Handel und die

Landwirtschaft günstig auswirken. Er forderte die Kammer auf, den Haushalt sobald wie möglich zu verabschieden.

Bezüglich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz werde sich Frankreich, so erklärte Laval weiter, an seine Denkschrift vom 15. Juli 1931 halten. Diese Politik sei nicht nur diejenige Frankreichs, sondern auch diejenige des Völkerbundes. (2) Alle Parteien in Frankreich hätten immer wieder betont, daß der Erfolg der Abrüstungskonferenz nur dann gesichert wäre, wenn sie in einem eng umgrenzten Rahmen stattfinden würde. Dieser Rahmen müsse sein: Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, Feststellung des Angreifers, gegenseitige Unterstützung bzw. Sicherheit. Es sei falsch, wenn man von Frankreich Schwäche oder Nachgiebigkeit erwartet. Sein fester Wille, den Frieden zu organisieren, schließe das eine und das andere aus.

Als Laval seine Ausführungen beendet hatte, stimmte die Linke in den Ruf ein: „Es lebe Briand!“ Die Rechte brach in ungeheuren Beifall aus.

England immer noch schwankend?

In London ist die Lage vollendet unklar. Zwischen den an der Außenpolitik beteiligten Stellen in London, Paris und Berlin war der Telegraphendraft gestern dauernd in Tätigkeit und der deutsche Botschafter sprach mehrfach im Foreign Office vor. Sachlich läßt sich nur soviel feststellen, daß seitens der deutschen Diplomatie gegen die von England vorgeschlagene Verlängerung des Hoovermatoriums gearbeitet wird. Sie verlangt, daß die Lausanner Konferenz stattfinden und die Verhandlung über eine endgültige Lösung der Tributfrage noch vor dem 1. Juli, an welchem Tage das Hooverjahr abläuft, in Angriff genommen und baldmöglichst geklärt werden soll. Sie ist, wie versichert wird, nicht bereit, sich vorherige Zugeständnisse abpressen zu lassen. Sie stützt sich hierbei darauf, daß Berlin, den Wünschen der Gläubiger folgend, die Youngplanmaschine in Gang gesetzt hat, daß der Baseler Bericht die Unmöglichkeit weiterer deutscher Zahlungen nach dem 1. Juli ausdrücklich feststellt, und daß

Tages-Spiegel

Der Reichspräsident hat eine Zollnotverordnung erlassen, durch welche die Reichsregierung zur Erhebung von Einfuhrabwehrzöllen ermächtigt wird. Damit ist praktisch die Möglichkeit zur Schließung der deutschen Grenzen gegeben.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner gestrigen Regierungserklärung vor der Kammer unter großem Beifall die Unnachgiebigkeit Frankreichs in der Tribut- und Abrüstungsfrage erneut bekräftigt.

Den französisch-englischen Versuchen, die Tributkonferenz zu vertagen, wird deutscherseits entschiedener Widerstand entgegengeleitet.

Der deutsche Außenhandel erbrachte trotz weiter sinkender Haltung im Dezember für das Jahr 1931 einen Ueberschuß von 2574 Millionen Reichsmark.

Der schweizerische Bundesrat hat das mit Deutschland abgeschlossene Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den direkten Steuern und der Erbschaftsteuer gutgeheißen.

Das Bier wird nun doch billiger. Dem Preiskommissar ist es gelungen, den Deutschen Brauerbund zu einer Senkung von 2 RM. je Hektoliter Vollbier spätestens ab 1. Februar zu veranlassen.

Die polnische Regierung hat angekündigt, daß sie in diesem Jahre ihr besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Kriegsmarine richten werde.

eine Fortsetzung der bisherigen Methode des Rückverleihs der ungeschützten Zahlungen die Schuldenlast Deutschlands weiter in gefährlicher und unnötiger Weise laufend erhöht.

Die englische Diplomatie setzt sich für ein vorheriges völliges Abkommen über eine Ausdehnung des Tributmatoriums ein. Die Hauptschwierigkeit für das Zustandekommen liegt nach englischen Mitteilungen in den Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich der Behandlung der ungeschützten Tributraten. Im allgemeinen wird die Aussicht für das Zustandekommen der Lausanner Konferenz pessimistisch beurteilt.

Unünstiger Eindruck des französischen Schrittes bei der Washingtoner Regierung in London

Der französische Schritt in Washington ist bei den englischen Behörden nicht sehr günstig aufgenommen worden. Man verspricht sich von ihm keinen unmittelbaren Erfolg, sondern befürchtet, daß die Franzosen diesen Schritt nur getan haben, um ihre Stellung in den Tributverhandlungen zu stärken, da sie wohl wüßten, daß Amerika jetzt keine Zusagen über eine Herabsetzung oder Streichung der Schulden machen könne.

Stimson führt die Abrüstungsdelegation

Das Ereignis des Tages ist in Washington die Ernennung des Staatssekretärs Stimson zum Führer der Abordnung der Vereinigten Staaten zur Genfer Abrüstungskonferenz. In maßgebenden Kreisen wird am Vorabend der Abreise der amerikanischen Abrüstungsabordnung betont, daß die Hauptprobleme, die der Abrüstung im Wege ständen, politischer und wirtschaftlicher Natur seien. Die amerikanische Regierung lehne es ab, eine Streichung oder Revision der europäischen Schulden als Gegenleistung für die europäische Abrüstung zu erörtern. Trotz der Mahnung des Präsidenten Hoover, daß Europa abrüsten müsse, bevor es sich für zahlungsunfähig erkläre, ist die amerikanische Regierung zur offiziellen Auffassung zurückgekehrt, daß eine Verbindung zwischen dem Schuldenproblem und der Abrüstungsfrage nicht bestehe.

Die Verteilung der Hindenburg-Spende

21. Berlin, 20. Jan. Am Dienstag trat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten das Kuratorium der 1927 von ihm gegründeten „Hindenburgspende“ zusammen. Den Geschäftsbericht erstattete der ehrenamtliche Geschäftsführer Ministerialrat Dr. Karstedt. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Stiftung bisher insgesamt nahezu 5 Millionen RM. in rund 27 000 Einzelfällen vorzugsweise an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Veteranen veranlagt hat. Im Jahre 1931 wurden 999 000 RM. an Unterstüßungen ausbezahlt. Die Unkosten haben regelmäßig 10 000 RM. im Jahre nicht überstiegen.

Rüstungsindustrien als Nebenregierungen

Es ist nicht anzunehmen, daß sich die kommende Abrüstungskonferenz angelegentlich mit einer Frage beschäftigen wird, die zum Kernproblem der internationalen Abrüstung gehört, mit dem meist in geheimnisvollem Dunkel gehüllten Querverbindungen, welche einzelne Regierungen mit den privaten Rüstungsindustrien anderer Länder unterhalten. Wohl wurde gelegentlich von pazifistischen Verbänden die rein propagandistische zu wertende Forderung einer allgemeinen Verstaatlichung des gesamten Waffenhandels und darüber hinaus sämtlicher Rüstungsindustrien der Welt erhoben, doch fehlten bisher die Kräfte zur Verwirklichung dieser Forderung. Vor allem war bisher kein Staat imstande, die für die Uebernahme der heimischen Rüstungsindustrie erforderlichen Mittel aufzubringen. Um ein solches Staatsmonopol zu erlangen, hätten überdies auch die meist friedlichen Produktionszwecke dienenden Schlüsselindustrien der eigentlichen Rüstungsunternehmen verstaatlicht werden müssen, und dagegen wehrten sich die Wirtschaften der meisten Länder aufs äußerste.

Länder wie Frankreich und Italien haben zwar durch umfassende Pläne zur Mobilisierung ihrer gesamten Wirtschaftskräfte für den Kriegsfall das Problem der Verstaatlichung von Rüstungsunternehmen theoretisch gelöst. Außerdem, das vorderst von ausländischen Rüstungslieferungen noch abhängig ist, teilweise auch praktisch, ohne daß dadurch die allgemeine machtpolitische Bedeutung des privaten Waffenhandels wie der Rüstungsindustrien überhaupt wesentlich eingeschränkt werden konnte. Man kann sogar im Gegenteil feststellen, daß diese Bedeutung infolge der unaufhörlichen Haltung einzelner Großmächte erheblich gestiegen ist und gerade die führenden Rüstungsunternehmen der Welt — Creusot in Frankreich, die Firma Vickers in England, die großen Rüstungsindustriellen in Amerika, Charles M. Schwab von der Bethlehem Steel Corporation und Ferguson von der Newport News Shipbuilding and Dry Dock Company — sich zu einer Art von Nebenregierungen ausgewachsen haben, die oft genug durch unterirdische Wühlarbeit entscheidend und verhängnisvoll in die Abrüstungsverhandlungen der Staaten einzugreifen verstanden. Man denke nur an den Skandalprozess, den im September 1929 William G. Shearer, der Mann, der die Genfer Seeabrüstungskonferenz von 1927 aufstiegen ließ, gegen seine der amerikanischen Flottenpartei und Rüstungsindustrie nahestehenden Auftrag- und Geldgeber anstrebte. Ein Prozess, der damals viel Staub aufwirbelte und später nicht schnell genug vertuscht werden konnte. Rund 45 Millionen Dollar verdienendes amerikanische Rüstungsindustrielle nach sachmännischem Urteil durch das Scheitern jener Genfer Verhandlungen mehr, als selbst der für sie damals vorteilhafteste Abschluß eines Flottenbegrenzungsprogramms an Reingewinn hätte ergeben können. Zahlen, die zur Genüge den „Umfang“ kennzeichnen, der von einer handelspolitisch geübt arbeitenden privaten Rüstungsindustrie erzielt werden kann!

Gemäß einer auf amtlichen Zollstatistiken verschiedener Länder beruhenden Berechnung des Völkerbundes betrug beispielsweise der Gesamtbetrag der von diesen Ländern ausgeführten Waffen- und Munitionsmengen 48 433 000 Dollar, von denen rund neunzig Prozent, nämlich 43 320 000 Dollar, angeblich auf die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Deutschland (?) entfielen. Dieser vom Völkerbund ermittelte Gesamtausfuhr stand indessen eine beklagtere Einfuhr von 27 Millionen Dollar gegenüber. Mit anderen Worten: Die Einfuhrländer verschwiegen dem Völkerbunde gegenüber ihre geheime in Rüstungen in einem Gesamtwerte von sage und schreibe 21 Millionen Dollar. Kenner dieser Verhältnisse haben wiederholt auf die Unmöglichkeit hingewiesen, den zwischen Staaten und ihren ausländischen Lieferanten bestehenden schwinghaften Waffenhandel gegenwärtig genau zu erfassen, solange Friedens- und Kriegs-

produkte teilweise aus den gleichen Unternehmen und Werkstätten hervorgehen. Wenn ein Staat aus dem Auslande Flugzeugmotoren oder Lastkraftwagen bezieht, weiß gewöhnlich niemand, ob solche Lieferungen für Kriegs- oder Friedenszwecke bestimmt sind, und eine Ladung Cyanamid kann sowohl zur Munitionsherstellung als auch zur landwirtschaftlichen Düngung dienen. Daß in jedem Fall solche mehr oder weniger geheim gehaltenen Geschäftsverbindungen zwischen einzelnen Staaten und ihren privaten Lieferanten im Auslande zwischenstaatliche Spannungen erzeugen können, liegt auf der Hand.

Der Einfluß von privaten Rüstungsindustrien auf die internationalen Beziehungen der Staaten läßt sich nicht leugnen. Er kann unter Umständen zu merkwürdigen politischen Gruppierungen führen. Obwohl Frankreich und England sich einmütig an der Austragung des türkisch-griechischen Krieges von 1920 als „uninteressiert“ bezeichneten, beliebte jeder von ihnen den ihm genehmen Partner mit Waffen und Munition. Ein amerikanischer Berichterstatter, der den Siegeszug Mustafa Kemal persönlich miterlebte, glossierte diesen Zustand folgendermaßen: „Als Augenzeuge des griechischen Rückzuges konnte ich feststellen, daß die Geschütze und Maschinengewehre, welche die Griechen zurückließen, sämtlich die Marke der englischen Firma Vickers trugen. Ich wohnte dann dem siegreichen Einmarsch der Türken in Smyrna bei, die ihrerseits großartige Geschütze des französischen Creusot mit sich führten. An diesem Tage begriff ich, was Entente Cordiale bedeutet.“ Am Duai d'Orsay und im Foreign Office verschloß man die Augen vor diesen Ereignissen. Man wollte sie nicht sehen, da sich in diesem Fall die staatlichen Interessen mit denen der privaten Rüstungsfabrikanten deckten. Ohne selbst in Erscheinung zu treten, bekräftigten sich also England und Frankreich durch ihre Rüstungsindustrien auf fremder Walfahrt! Welche Rolle die privaten „Kriegsunternehmen“ in den chinesischen Bürgerkriegen des letzten Jahrzehnts gespielt haben und noch heute in der Mandchurie spielen, ist eine noch nicht völlig geklärte Frage. Man braucht nur die von Zeit zu Zeit immer wieder auftauchenden Meldungen über die Besuche von Vertretern französischer, englischer oder amerikanischer Rüstungsunternehmen in den Hauptquartieren chinesischer oder japanischer Generale näher miteinander zu vergleichen, um gewisse Zusammenhänge zu erraten. Auch dort sind die feingespinnnen Fäden verschiedener „Nebenregierungen“ deutlich zu erkennen. Chinesische Truppenführer sollen ihre Lieferanten zeitweilig sogar aus dem Erlös von Plünderungen „bezahlt“ haben.

Die Tatsache, daß sich die deutsche Heeresleitung im Weltkriege veranlaßt sah, auf dem Umwege über die Schweiz Aluminium für das Gerippe unserer Zeppeline sowie Karbid und Cyanamid für Sprengstoffe ausgerechnet aus Frankreich zu beziehen (Waxit, aus dem Aluminium gewonnen wird, gab es damals nur in der Provence), und andererseits sich der französische Generalstab durch Vermittlung neutraler Länder die hochwertigen deutschen Magnetapparate aus Deutschland zu verschaffen mußte, begründete vor nicht langer Zeit der bekannte französische Nationalökonom Francois Delafin in der Zeitschrift „Le Crapouillot“ damit, daß für Regierungen und Heeresleitungen ein Krieg ohne entscheidenden Sieg nutzlos sei, da er später dann fortgesetzt werden müsse. Es läge im beiderseitigen Interesse der kämpfenden, sich gegenseitig die Mittel zu verschaffen, um den Krieg „bis zum bitteren Ende“, d. h. bis zur endgültigen Niederlage eines Partners auszusuchen. Diese letzten gemeinsamen Ziele der Staaten deduzieren sich keineswegs immer mit den geschäftlichen der privaten Rüstungsindustrien. Dafür bietet gerade die Geschichte der letzten Jahrzehnte unverkennbare Belege.

Dr. F. M. Hamerling.

Frankreich und die Abrüstungsfrage

Oberstleutnant Fabry gegen die Rüstungsfreiheit
— Paris, 19. Jan. Der Vorsitzende des Heeresauschusses der Kammer, Abg. Oberstleutnant Fabry, der neben Paul Boncour als Mitglied der französischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz genannt wird, hat im „Temps“ zu der Abrüstungsfrage Stellung genommen und erklärt: Wenn das Ergebnis der Genfer Beratungen die Rüstungsfreiheit sein sollte, würden die Nationen binnen kurzem zwischen dem Bankrott oder dem Krieg zu wählen haben. Der Versailler Vertrag hat die Rüstungsfreiheit verurteilt. Er hat sie weder für die Mitgliederstaaten des Völkerbundes zulassen wollen, die sich verpflichteten, ihre Rüstungen auf ein vereinbartes Mindestmaß herabzusetzen, noch namentlich für Deutschland und seine Verbündeten, deren in den Verträgen festgelegtes Militärstatut den ruhenden Pol und das Vergleichselement des derzeit definierten Systems darstellt. Die Abrüstungskonferenz muß an diesem Programm und an diesem System festhalten.

Hitlers Denkschrift an Brüning

Im Anschluß an die Verhandlungen der Reichsregierung wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten hat bekanntlich der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, dem Reichskanzler eine Erklärung übergeben, die nunmehr veröffentlicht wird. Hitler erinnert darin zunächst an seine Besprechungen mit dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und Staatssekretär Dr. Meißner, in welchen er seine Bedenken gegen die Absicht der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch Reichstagsbeschluß vorgebracht habe, und erklärt, seinen Bemühungen sei es gelungen, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichspräsidenten aus dem peinlichen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen.

Er habe persönlich berechtigte Zweifel, daß eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zulässig ist, wenn in der Verfassung ein wirkliches Fundament staatlichen Lebens erblickt werden soll. Sollte aber

trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müsse seines Erachtens zumindest eine selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein: Die Zusammensetzung des Reichstages müsse den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes tatsächlich und erweisbar zum Ausdruck bringen. Alle sonst gegen eine Neuwahl angeführten Gründe innen- und außenpolitischer Natur könnten niemals ein Freibrief zur Verletzung der Verfassung sein.

Zu der Auffassung des Reichskanzlers, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertragen, bemerkt Hitler, daß das innerpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit zwölf Jahren man nicht zu befreiten vermöge, aus inneren politischen Selbsterhaltungsgründen keine Wahlen brauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch erforderten. Für künftige außenpolitische Erfolge sei unvermeidliche Voraussetzung die innerpolitische Ueberwindung der weltanschaulichen und parteilichen Zerlegungsarbeit, die mit dem November 1918 einsetzte ihr Ziel erreicht und Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befindet. Er, Hitler, sehe daher in jenem Vorgang, der zur Ueberwindung des heutigen Systems führen kann, einen außenpolitischen Gewinn für Deutschland. Er sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands sei somit eine Frage der moralischen Rehabilitierung unseres Volkes im Innern und damit eine Frage der Ueberwindung des Systems, das in der Geschichte unzertrennlich verbunden sei werde mit der Periode der inneren und damit äußeren Entwertung unseres Volkes.

Zum Schluß betont Hitler, auch im übrigen sei es noch eine Frage der Moral, ob es erträglich erscheine, jahrelang als Staatsfeinde verkannt zu werden, um dann als Men-

schen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vortritt bei einer Rettungsbewegung beehrt zu werden. Auch aus dieser Empfindung heraus müsse er den Vorschlag des Reichskanzlers ablehnen. „Ich bedaure nochmals“, so schließt das Schreiben, „daß in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten Hindenburg einbezogen wurde, für den wir Mitkämpfer des großen Krieges als dem Generalfeldmarschall unserer Heere unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfinden.“

Die Reichsregierung wird Hitler antworten

Amtlich wird mitgeteilt: Die von Herrn Adolf Hitler veröffentlichte „Denkschrift“ zur Präsidentschaftsfrage ist dem Herrn Reichskanzler übermittelt worden. Die Reichsregierung wird nicht verfehlen, die darauf zu erteilende Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Der Reichstag im Februar

Außen- und innenpolitische Aussprache — Mißtrauensanträge — Vier Wochen Vollsitzungen

Pd. Am 23. Februar nachmittags 3 Uhr tritt der Reichstag nach längerer Pause wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Die Versuche der Opposition, einen früheren Termin des Reichstagszusammentritts zu erreichen, sind bisher gescheitert. Kein Wunder, daß man dieser ersten Sitzung im neuen Jahre mit besonderer Spannung entgegensteht. Schon jetzt sind zahlreiche Gesuche um Zulassung zu den Tribünen beim Reichstagsbüro eingelaufen. Solche Vorbestellungen sind natürlich zwecklos, da die Karten erst einige Tage vor der Sitzung ausgegeben werden. Die Tagesordnung steht zwar noch nicht fest. Sie wird aber zweifellos folgendermaßen lauten: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Die Reichsregierung wird dann über die außenpolitischen Geschehnisse, die in den nächsten Tagen und Wochen bevorstehen, Auskunft geben und auch die innenpolitischen Tagesfragen behandeln. Eine große mehrstündige Aussprache, die zeitweise sicherlich recht lebhaft sein wird, wird sich anschließen. Auch die Oppositionsparteien werden sich an dieser Tagung beteiligen und voraussichtlich auch wieder Mißtrauensanträge vorlegen. Aber auch nach Abschluß dieser Aussprache wird der Reichstag nicht etwa wieder gleich vertagt werden. Es hat sich inzwischen durch die emsige Arbeit der Reichstagsausschüsse umfangreiches Material angesammelt, das nun den Weg in die Vollversammlung nehmen muß, um praktische Verwirklichung zu finden. Man rechnet daher mit einer Reichstagsdauer von mindestens vier Wochen, die nur durch eine kurze Pause für die Wahl des Reichspräsidenten unterbrochen werden dürfte.

Kleine politische Nachrichten

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat mit der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels wegen der Preisbildung im Textil- und Schuhwarenhandel verhandelt und erneut darauf hingewiesen, er sehe es als selbstverständlich an, daß auch in diesen beiden Branchen untersucht werde, inwieweit die Preise gesenkt werden könnten. Der Reichskommissar wird jetzt mit den Brauereien sowie mit den Gastwirten verhandeln. Auch die Frage der Düngemittelpreise soll noch in dieser Woche erörtert werden.

Bevölkerungsabnahme in Berlin. Nach den Feststellungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin ergibt sich für das Jahr 1931 eine Abnahme der Bevölkerung der Reichshauptstadt um 43 721 Personen, die sich aus einem Sterberüberschuß von 10 714 und einem Abwanderungsverlust von 33 007 zusammensetzt. Am 1. Januar 1932 zählte Berlin 4 288 314 Einwohner.

Feuerüberfall auf Nationalsozialisten. In Berlin-Neudorf wurde nachts ein Trupp Nationalsozialisten aus dem Hinterhalt beschossen. Zwei Nationalsozialisten wurden getötet und sieben verletzt. 50 Personen wurden in Haft genommen.

Uebertritt der Waldecker Bauern- und Landvolkpartei zur DNVP. Der erweiterte Vorstand der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Waldeck hat beschlossen, die Parteiorganisation aufzulösen und geschlossen zur Deutschnationalen Volkspartei überzutreten. Bis zur Aufnahme Waldecks in Preußen war die Landvolkpartei die weitaus stärkste Partei des Landes Waldeck, die in dem dortigen Landtag fast die absolute Mehrheit besaß.

Der Finanzausschuß und der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes traten zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Aussprache ergab keinerlei praktische Ergebnisse. Es besteht die Absicht, die Devisenpolitik der europäischen Regierungen und deren Rückwirkung auf den internationalen Warenaustausch und das System des Clearingverfahrens im Außenhandelsverkehr zu behandeln, so wie es gegenwärtig zwischen Oesterreich und den österreichischen Nachbarstaaten geschaffen ist. Ferner wird in der Aussprache die Frage der Rückwirkungen der verschiedenen Maßnahmen der Regierungen zur Einschränkung der Einfuhr auf das gesamte Wirtschaftsleben behandelt werden.

Besuch der italienischen Finanzsachverständigen auch in Berlin? Prof. Beneduce und der Gesandte Buti der Generalsekretär der italienischen Abordnung für die Lausanner Konferenz, haben nach ihrer Rückkehr aus London den italienischen zuständigen Stellen über das Ergebnis ihrer Gedankenanstausche in Paris und London berichtet. Während Stillschweigen über ihre Eindrücke bewahrt wird, unterstreicht die italienische Staatspresse aufs deutlichste die Uebereinstimmung zwischen den Ansichten der italienischen und englischen Sachverständigen. Daß Beneduce und Buti nach Berlin reisen werden, ist nicht ausgeschlossen, aber noch unbestimmt.

Parlamentseröffnung in Belgrad. König Alexander eröffnete den Senat und die Stupschina mit einer Thronrede. In außenpolitischer Hinsicht wies der König auf die Reparationsfrage und das Abrüstungsproblem hin: Südslawien sei in bezug auf die Abrüstung zu jedem Opfer bereit, das es im Einklang mit seiner Sicherheit bringen könne. Hinsichtlich der Tributfrage betonte der König, daß durch den Ausschub der Reparationszahlungen der Staat in eine schwierige Lage geraten sei.

Aus Stadt und Land

Calw, den 20. Januar 1932.

Schützt unsere Vogelwelt!

Landwirte und Gartenbesitzer benutzen Herbst und Winter dazu, um auf ihren Grundstücken einmal gründlich „auszuholzen“. Da werden die Hecken immer spärlicher, das Strauch- und Struppwerk am Wegrain wird umgehauen, die dichten Weiß- und Schwarzdornhecken werden niedergebrannt, die Brombeerbüsche, die sich irgendwo breit machen wollen, vernichtet. Das Landschaftsbild wird eintönig, die Ackerflächen bieten bald nirgends mehr einen Ruhepunkt, alles ist sauber und kahl, ganz wie im Zeitalter der Rationalisierung. Sogar in seinem Wäldchen versucht der Bauer alles Gestrüpp herauszuhauen, der Waldbrand wird geöffnet, so daß der Wind hindurch peitscht, und der Bestand ohne Kraft und Nachwuchs bleibt. In den Gärten ist es um nichts besser. Auch hier müssen alte Hecken fallen, um schön gepflegten Anpflanzungen Platz zu machen. Dieser ganze „Kulturfortschritt“ ist aber Frevel am Landschaftsbild und vor allem an der Vogelwelt. Man treibt die Vereinigung soweit, daß man den Vögeln auch die letzte Nistgelegenheit nimmt und ihnen kaum noch ein geeigneter Unterschlupf bleibt. Im Wald werden alle Bäume gefällt, die krank sind und den Höhlenbrütern günstige Nistgelegenheit bieten. Wo sollen die kleinen nützlichen Vögel hin, wenn sie nicht im Gestrüpp und Gesträuch Unterschlupf finden können? Hat man denn ganz vergessen, welchen Nutzen die Vogelwelt stiftet, indem sie dem Ueberhandnehmen der Schädlinge, des Gewürms, der Maulwurfsgrillen und vieler sonstiger Insekten entgegenwirkt? Wer wagt einzuschätzen, wieviel ungeheure Werte, namentlich im Wald, durch die kleine Arbeit der Vögel erhalten geblieben sind! Es wird immer trauriger um unsere Vogelwelt. Früher hat man den bösen Raben auf die Finger geklopft, wenn sie den Vogelnestern nachstiegen. Wie gering war der von ihnen angerichtete Schaden gegen die Bewirtschaftung, die die moderne Kultur an der Vogelwelt anrichtet. Man sollte ernstlich darauf achten, die wenigen Vögel, die noch bei uns sind, zu erhalten, ihnen wieder bessere Brutgelegenheit zu verschaffen, ihnen vor allem über den kalten Winter zu helfen. Jetzt ist die beste Zeit zu überlegen, wie man eine kleine Oase im Garten, im Feld, anlegt, um eine Vogelschutzstätte zu schaffen. Je dichter und verworrener, dorniger und unnahbarer das Gezweig und Geäste der Sträucher, um so besser und günstiger für die kleine gestörte Welt.

Vermißt

Wie uns aus Bieselsberg berichtet wird, vermißt man dort seit Sonntag die 27jährige ledige Näherin Berta K. e. d. Letztere entfernte sich am Sonntagfrüh von zu Hause, um in Bad Liebenzell die Kirche zu besuchen und anschließend dort einige Besorgungen zu machen. Seitdem ist sie nicht mehr zurückgekehrt. Polizei und Feuerwehr Bieselsberg haben bereits mehrere Streifen unternommen, ohne jedoch eine Spur der Vermißten, die sich in ihrer Heimatgemeinde allgemeiner Beliebtheit erfreute, aufzufinden. — Ende letzter Woche ist in der Bahnhofswirtschaft Bad Liebenzell ein Einbruchdiebstahl verübt worden; die Täter entwendeten Geld und Ware im Werte von etwa 185 RM.

Gehingen, 19. Jan. Infolge Schlaganfalls verschieden hier zwei hochbetagte Gemeindeglieder, die noch kürzlich bei leidlicher Gesundheit der Altenfeier anwohnen konnten. Es sind die 76 Jahre alt gewordene Ehefrau des verfl. Gemeinderats Gottlob Gehring und der 77 1/2 Jahre alt gewordene Joh. B. e. d. Letzterer war ein weitgereister Mann, der 52 Jahre in Amerika und Australien verbracht und als Schiffstocher und Bädermanger Meer befahren hat. Im Jahre 1923 kehrte er in die Heimat zurück, wo er den Rest seiner Lebensstage bei Verwandten verbrachte. Beide Verstorbene wurden am gleichen Tage bestattet.

Calw, Forstheim, 19. Jan. Montag Nacht kam es Ede Theater- und Destliche Karl-Friedrichstraße zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Schuhmann und einem Anhänger der Nationalsozialisten, einem 32 Jahre alten ledigen Silberschmied. Der Silberschmied wurde von dem Schuhmann angehalten und nach seinem Namen gefragt. Es entspann sich ein Wortwechsel und ein Handgemenge; halb wälzten sich die beiden Gegner auf dem Boden herum. Bei diesem Handgemenge gelang es dem Silberschmied, dem Schuhmann das Seitengewehr zu entreißen. Da der Widerstand der mehrmaligen Aufforderung, die Seitenwaffe niederzulegen, nicht nachkam, und der Polizeibeamte in erhöhter Gefahr stand, mit der eigenen Waffe verletzt zu werden, war er gezwungen, den Festgenommenen durch einen Schuß in den Oberschenkel kampfunfähig zu machen.

Calw, Sindelfingen, 19. Jan. Architekt Fr. Keller wurde heute früh im Bach beim Waschhaus tot aufgefunden. Ob ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, wird die sofort aufgenommene Untersuchung ergeben.

Calw, Stuttgart, 19. Jan. Dieser Tage wurde eine Delegation des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Preis-Kommissar für Württemberg, dem Polizeipräsidenten Klatber, vorstellig, um Näheres über die zur Herbeiführung einer Preislenkung in Württemberg beabsichtigten Maßnahmen zu hören. Dabei zeigte es sich, daß der württembergische Preis-Kommissar bei einer Reihe von wichtigen Fragen der Preislenkung an die Maßnahmen und Direktiven des Reichspreis-Kommissars gebunden ist. Polizeipräsident Klatber wies darauf hin, daß es sein Bestreben sei, die Lebenshaltung der breiten Massen dem veränderten Einkommen unter allen Umständen anzupassen; zur Erreichung dieses Zweckes habe er bereits den Milchpreis gesenkt und eine eventuelle zwangsweise Senkung der Preise anderer Bedarfsartikel und Kosten des täglichen Bedarfs werde folgen.

Calw, Stuttgart, 19. Jan. Auf eine gemeinsame Eingabe, die vor einiger Zeit von den Elternausschüssen der Mehrzahl der höheren Schulen Württembergs wegen des Schulgelds an Kultministerum und Landtag gerichtet wurde, teilt das Kultministerum mit, daß — entgegen umlaufenden Gerüchten — an eine Erhöhung des Schulgeldes für den Besuch der höheren Schulen zur Zeit nicht gedacht werde

und daß die Frage der Auswärtigenzuschläge, um Härten zu vermeiden, neu geprüft werden soll.

Calw, Cannstatt, 19. Jan. Vom Schöffengericht in Cannstatt wurde der 23jährige Schauspieler Ernst Haug von Ehlingen, Leiter der württ. NS-Bühne, wegen Blutschande zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Calw, Reutlingen, 19. Jan. Der Nationalsozialist Albert Göb von Pfillingen, der bei dem Kommunistenüberfall am Sonntagfrüh in Gönningen schwer verletzt und ins Reutlinger Bezirkskrankenhaus verbracht wurde, ist nicht gestorben. Sein Befinden ist vielmehr ordentlich.

Calw, Reutlingen, 19. Jan. Nach einem mit dem Bürgermeisteramt und der Polizeidirektion Reutlingen geführten Schriftwechsel ist in Reutlingen die Benützung der öffentlichen Straßen und Plätze zu Privatzwecken, insbesondere zu Verkaufszwecken, ohne vorhergehende polizeiliche Erlaubnis nicht zulässig. Diesem Verbot unterliegt also auch der Straßenhändlerhandel und der Hausierhandel unter Benützung von Lastkraftwagen.

Calw, Stimpfach, N. Crailsheim, 19. Jan. Am Montagabend brach in einem an die Scheuer der Wirtschaft zum „Falken“ angebauten Schuppen Feuer aus, das rasch größere Ausdehnung annahm und auf die Scheuer mit Stall und die Wirtschaft zum „Falken“ übergriff. Die Scheuer mit den eingelegten Heu- und Strohvorräten sowie die angebaute Scheuer des Kaufmanns Funk brannten völlig nieder, während das Wirtschaftsgebäude ausgebrannt ist. Das anliegende Gebäude des Kaufmanns Funk wurde durch das überspringende Feuer schwer beschädigt.

Calw, Grodt, N. Biberach, 19. Jan. Vor etwa vier Wochen nahm die Landwirtsfamilie Werner von Grodt eine Hausfluchtung (Mund) vor. Während beim Genuß des geschlachteten Fleisches keineswegs Beschwerden irgendwelcher Art auftraten, wurden einige Familienmitglieder vor 14 Tagen nach dem Verzehr von Wurst plötzlich ernstlich krank. Am Mittwochvormittag ist der Sohn Anton Werner der folgen schwerer Erkrankung erlegen. Nunmehr ist auch die Mutter, Frau Theresia Werner, aus dem Leben geschieden. Bei beiden ist, wie festgestellt wurde, Wurstvergiftung die Todesursache.

In Freud und Leid zum Lied bereit!

Aus Sängereisen wird uns geschrieben:

Schon wieder haben wir ein Stück 1932 hinter uns. Die vielen guten Wünsche, mit denen man das vergangene Jahr 1931 begrüßte, haben sich nur zum allergeringsten Teil erfüllt. Werden sich die für 1932 erfüllten? — Es bedarf ja keiner besonderen Erwähnung mehr, daß die wirtschaftlichen und politischen Sorgen für das ganze deutsche Volk wie fast für jeden Einzelnen einen niederdrückenden Umfang angenommen haben. Desto mehr gilt es, die wenigen verbleibenden Ideale aufrecht zu erhalten! Dazu dürfen wir unbefritten den deutschen Männergesang zählen. Galt uns der Klubsang, so ist festzustellen, daß das Jahr der Vorverordnungen auch an der Gesangsbeziehung und am Sängereisen nicht vorübergegangen ist, ohne seine Spuren zu hinterlassen. Jedoch der Glaube an die gute Sache, die stille, selbstlose Arbeit und Hingabe der Führer bis herab zum letzten Sänger haben ein gut Teil dazu beigetragen, dieses Kulturgut des Volkes zu erhalten. Wenn man unseren Männergesang nur nach seinen Leistungen beurteilt, wenn man nicht in sein Wesen tiefer eindringt, dann freilich ist man leicht geneigt, ihn als überflüssig in unserer Zeit oder gar als überholt und überlebt anzusehen. Aber Gesang ist Herzenssache, und der Männergesang im besonderen hat mit als Zweck und Ziel, das Volksleben zu bilden und zu veredeln, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erhalten und zu fördern, deutschen Sinn zu pflegen. Und das gibt ihm die innere Kraft und den Wert! Eine Zahl mag sprechen: Der Deutsche Sängerbund zählt heute 16 400 Vereine und annähernd 15 Millionen aktive Sänger und unterstützende Mitglieder; daneben marschiert der deutsche Arbeiter-Sängerbund mit seiner großen Sängerschule!

Es wäre falsch zu glauben, es sei das Ziel der den Männergesang pflegenden Vereine, den Gesang in immer virtuoserer Art zu beherrschen, nein, der Kern unserer Sache ist und bleibt Herzenssache; im Reich seiner Töne sind wir frei von dem Akzentsdruck, der auf unserem Leben lastet, da fallen auch die Schranken, die leider zwischen Stände und Beruf gezogen worden sind. Was ist ein Lied? „Ein wenig Sang, ein wenig Klang und eine ganze Seele!“ Dem Männergesang neue Formen zu geben und sie mit neuem Geist zu füllen, daran haben tüchtige, erfahrene Männer Hand angelegt. Weitab weisen wir den Geist partek-politischen Gezänks und Streits. In der verschönernden Kraft — auch in den gesellschaftlichen Gegensätzen unserer Zeit — soll der Wert des Männergesanges liegen. Es ist auch nicht der Zweck und das Wesen der Vereine, möglichst viele Medaillen an die Fahnen zu hängen oder Reford um Reford zu holen, nein, stille und zähe Arbeit am deutschen Lied ist ihre Aufgabe und die Gesangsweltstreite sollen unsere Kräfte heben, sollen der Mittwelt von der einigenden Kraft und der Macht des Männergesanges Zeugnis ablegen. Es wäre auch eine Verkennung der Tatsachen, zu sagen, in die Gesangsvereine sei vielfach die Sucht der bloßen Unterhaltung und des Vergnügens eingedrungen. Ein gewisses Maß von Geselligkeit, Freude und Frohsinn soll der Mensch noch haben, das ist wünschenswert, ja sogar nötig. Was kann aber dem geeigneter und würdiger Rechnung tragen als das, was ein Gesangsverein bei seinen planmäßigen Singabenden und sonstigen Veranstaltungen im Chorgesang und in geselliger Hinsicht pflegt! César Klafschlen sagt in einem seiner vertonten Gedichte: „Hab ein Lied auf den Lippen, dann komme was mag, das hilft Dir verbinden den einsamen Tag!“ „Unsere Lieder geben uns Lebensfreude und Lebensmut, Freundschaft, Ehrfurcht vor der Natur, Treue zur Heimat und Vaterland.“

Helft darum alle — jedes an seiner Stelle — mit, das deutsche Lied zu fördern und zu kräftigen, nicht trotz der Not, sondern wegen der Not soll es fort erklingen, tröstend und erhebend in Leid und Freud!

Zh. Nr.

Die Ursache für die Zunahme der Zuckerkrankheit

Man wird nicht krank vom Zuckereffen.
Von Friedrich Tammen.

Der Laie schließt nicht selten aus dem Namen der „Zuckerkrankheit“, daß sie vom Zuckereffen komme; aber dies ist ein Irrtum. Die Wissenschaft weiß dies längst und es gibt kaum einen Kliniker von Bedeutung, der es nicht in Wort oder Schrift klipp und klar ausgedrückt hätte. Dennoch ist eine Arbeit von Professor Dr. Leschke-Berlin, über die er kürzlich in der Medizinischen Gesellschaft referiert hat, von größter Bedeutung. Er hat nämlich die Frage, ob der Zuckergenuß Einfluß auf die Zuckerkrankheit hat, statistisch untersucht und er kommt, wie gleich bemerkt sei, auch auf diesem Wege zu dem Ergebnis, daß der Genuß von Zucker keinesfalls als die Ursache der Zuckerkrankheit angesprochen werden kann. Seine Untersuchungen zeigen, daß unabhängig vom Zuckerverbrauch die Diabetissterblichkeit in fast allen Kulturländern seit dem Kriege zugenommen hat. So stieg die Sterblichkeit durch Zuckerkrankheit in Preußen von 59 auf 153 je eine Million Lebende, in England von 105 auf 142, in Amerika von 150 auf 190. Wir sehen also, daß in Deutschland und besonders in Preußen die Sterblichkeit der an Zucker Erkrankten verhältnismäßig gestiegen ist und annähernd das Zweieinhalbfache der Vorkriegsziffern beträgt. Der Zuckerverbrauch in den beiden anderen Ländern ist aber mehr als doppelt so groß. In Deutschland zeigte die Sterblichkeitsziffer in den Kriegsjahren eine geringe Abnahme; sie ist in den Nachkriegsjahren ständig gestiegen und hat im letzten Jahre eine außerordentliche Steigerung erfahren. Dabei änderte sich der Zuckerverbrauch in all diesen Jahren in Deutschland nur ganz unwesentlich; er hat sich in geringen Schwankungen auf fast der gleichen Höhe gehalten: etwa 22 bis 25 Kilo je Kopf und Jahr. Auch in England und Nordamerika blieb der Konsum fast unverändert; dennoch finden wir auch in diesen Ländern ein erhebliches Ansteigen der Sterblichkeitsziffern.

Vergleichende Untersuchungen verschiedener anderer Länder zeigen, daß zwischen der Diabetissterblichkeit und dem Zuckergenuß keinerlei Zusammenhang besteht. Kuba und Argentinien sind Länder mit dem stärksten Zuckerverbrauch und fernerbarerweise mit der geringsten Sterblichkeitsziffer an Diabeteserkrankten. Sie beträgt fast nur den fünften Teil der Sterblichkeitsziffer in Deutschland. — Besonders stark ist die Zunahme der Sterblichkeit unter den weiblichen Kranken. Das Verhältnis zeigt sich ungefähr so, daß in Preußen 146 Todesfälle männlicher Erkrankter etwa 160 weiblicher auf eine Million Lebende gegenüberstellen.

Die Ursache der ansteigenden Sterblichkeitsziffer ist in den gesteigerten Ansprüchen zu suchen, die das Nachkriegsleben an die Nerven der Menschen stellt. Die hochgespannte Erwerbstätigkeit, die Depressionen infolge der abfallenden Wirtschaftskurve, die psychischen Folgen der Erwerbslosigkeit usw. haben das Nervensystem der Großstadtbewohner derartig in Mitleidenschaft gezogen, daß eine verstärkte Geneigtheit zur Zuckerkrankheit gegeben ist. Hiermit erklärt sich auch das verhältnismäßig besonders starke Anschwellen der Sterblichkeitsziffer in der weiblichen Bevölkerung. Durch den Krieg und die Nachkriegszeit ist sie viel stärker als vorher in das Erwerbsleben hineingezogen worden und hat infolgedessen auch mehr unter der übermäßigen Spannungsbeanspruchung der Nerven zu leiden als vormals. Deutlich wird diese Annahme von nervösen Ursachen auch durch die Vergleiche zwischen der großstädtischen und ländlichen Bevölkerung als richtig dargestellt. Bayern mit seiner überwiegend ländlichen Bevölkerung hat in den Jahren 1926 bis 1929 einen Zuwachs der Todesfälle an Zuckerkrankheit von 76 auf 96 aufzuweisen, Preußen dagegen in denselben Jahren von 117 auf 155. In den ländlichen Bezirken Nordamerikas bewegt sich die Sterblichkeitsziffer in fast den gleichen Grenzen wie in Bayern, während New York 318 und Chicago 295 Todesfälle zu verzeichnen hat. In Berlin beträgt die Sterblichkeitsziffer an Diabetes etwa 180 jährlich auf eine Million Lebende. Nebenfalls sind diese vielfachen Vergleichsziffern auch für den Laien überaus lehrreich.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Calw, Berliner Produktbörse vom 19. Januar

Weizen märk. 227—229; Roggen märk. 197—199; Braugerste 160—170; Futter- und Industrieerste 155—160; Hafer märk. 136—144; Weizenmehl 27,50—31,25; Roggenmehl 27 bis 29,25; Weizenkleie 9,60—10; Roggenkleie 9,60—10; Viktoriaerbsen 21—27,50; Kl. Speiseerbsen 21—23,50; Futtererbsen 15 bis 17; Pelusischen 16—18; Ackerbohnen 14—16; Wicken 16 bis 19; Lupinen, blaue 10—20; dto. gelbe 14—15,50; Seradella neue 22,50—28; Leinfuchen 11,90—12; Erbsenfuchen 12,30; Erbsenfuchenschrot 12,20; Raufutter: drahtgepr. Roggenstroh 0,75—0,95; dgl. Weizenstroh 0,60—0,70; dto. Haferstroh 0,70 bis 0,85; dto. Gerstenstroh 0,65—0,75; geb. Roggenlangstroh 0,85—1; bindfadengepr. Roggenstroh 0,65—0,75; dto. Weizenstroh 0,55—0,65; Häcksel 1,25—1,55; handelsüb. Heu 1,20—1,40; gutes Heu (erster Schnitt) 1,70—1,90; Luzerne lose 2,40 bis 2,70; Thymotee lose 2,35—2,65; Kleehen lose 2,25—2,55. — Allgemeine Tendenz: ruhig.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 33 Ochsen (unverkauft 5), 46 Bullen, 344 (40) Jungbullen, 415 (10) Kühe, 416 (100) Kinder, 1790 (70) Kälber, 2293 (50) Schweine, 1 Ziege.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	19. 1.	14. 1.		19. 1.	14. 1.
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet	29—32	—	fleischig	12—15	—
vollfleischig	25—28	—	gering genährte	9—11	—
fleischig	21—24	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und beste Saugkälber	35—38	40—43
ausgemästet	24—26	25—27	mittl. Mast- und gute Saugkälber	28—34	33—38
vollfleischig	22—23	22—24	geringe Kälber	24—27	28—31
fleischig	20—21	—	Schweine:		
Saugrinder:			über 300 Pfd.	—	—
ausgemästet	33—35	34—36	240—300 Pfd.	41—43	44—45
vollfleischig	26—31	24—32	200—240 Pfd.	42—43	44—45
fleischig	21—24	—	160—200 Pfd.	39—41	42—43
gering genährte	—	—	120—160 Pfd.	36—38	38—40
Kühe:			unter 120 Pfd.	28—34	—
ausgemästet	22—26	—	Sauen	—	—
vollfleischig	17—20	—			

Marktverlauf: Großvieh langsam, Ueberstand, Kälber schlappend, Schweine langsam.

Amtl. Bekanntmachungen Renningen

Oberamt Leonberg, Forstbezirk Leonberg



Laub- Stammholz- Verkauf.

Am Donnerstag, den 28. Januar 1932, nachmittags 2 Uhr, kommen aus den Gemeindegewaldungen Hardt und Berg im Gasthaus zur „Eisenbahn“ in Renningen zum Verkauf:

Eichen: Fm. 2,97 I., 20,58 II., 67,94 III., 73,50 IV., 30,35 V. Klasse,

Katbuchen: Fm. 1,66 I., 22,58 II., 37,76 III., 1,85 IV. Klasse,

Weißbuchen: Fm. 2,18 IV., 0,80 V. Klasse,

Eichen: Fm. 2,73 IV., 6,11 V., 2,86 VI. Klasse,

Eichene Wagnerstangen: 9 Stück I., 6 Stück III. Klasse.

Das zum Verkauf kommende Stammholz ist sämtliches an die Wege gerückt und günstig abzuführen. Das Holz wird am Verkaufstag vom Waldpersonal vorgezeigt; Zusammenkunft hierzu vorm. 8 1/2 Uhr beim Rathaus. Vorbesichtigung kann jederzeit unter Führung vorgenommen werden. Losverzeichnisse stehen zur Verfügung. Liebhaber werden eingeladen.

Renningen, den 18. Januar 1932.

Bürgermeisteramt: Eisenhardt.

Württembergische Landessparkasse



ZWEIGSTELLEN IN

Calw
Alchberg
Althengstett
Deckenpfronn
Gehlingen
Liebisberg
Liebensell
Malsenbach
Möttingen
Monakam
Neubulach
Neuweller
Simmozheim
Stammheim
Teinach

Fri. Else Mückle
Fr. Schlecht, Ortssteuerbeamter
Fr. Anna Ade
A. Landes, Kaufmann
K. Böttinger, Buchbindermstr.
Gerstenbrey, Lehrer
Frau Lydia Schroth
J. Kirchherr, Landwirt
P. Stanger, Schreinermeister
E. Volle, Landwirt
A. Volz, Privatmann
Fr. Bühler, Weber
J. Ganser, Schneidermeister
Fr. Roll, Landwirt
Ad. Schwenk, Schreinermeister
Unterreichenbach H. Wurster, Privatmann

An unsere Zweigstellen (nicht an andere Geldanstalten, wie es oft geschieht) wollen sich auch unsere alten Sparer wegen der Auszahlung von

Aufwertungsguthaben

oder deren Uebertragung auf neue Sparkonten wenden. Doch können die alten Sparer ohne Nachteil bis zu einem allgemeinen Aufruf zuwarten, weil ihre Guthaben gleich verzinst werden, wie neue Spareinlagen.

Etwas besonderes ist . . .

Serva's abess. Mocca-Mischung

1 Pfund Mk. 2.80 und 5 Prozent Rabatt
Derselbe ist gut und billig
Machen Sie einen Versuch

Carl Serva, Calw

Fernsprech-Nummer 120
Eigene Rösterei-Anlage

Donnerstag, den 21. Januar, von vormittags 8 Uhr, steht

in Calw im „Löwen“
ein sehr großer Transport

erstklassiger junger Milchkuhe,



Rälberkuhe,
trächtiger Kühe,
schwerer hoch-
trächtiger

gewöhnter Ralbinnen, sowie sehr
größerer und kleinerer Zucht- und
Einstellrinder

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladet

Rubin Löwengart.

W. Forstamt Hejan. Beigholz-Verkauf.

Am Mittwoch, den 27. Jan. 1932 vorm. 10 Uhr in Hejan im „Löwen“ aus Staatswald III Lügenhardt Abt. 37 Baurensteigle 38 Alte Steig, 30 Erntmühlertkopf, 31 Erntmühlertplatte, 36 Breiltaderwald im Ei.: 2 Aussch.; Bu.: 58 Schtr., 71 Prgl., 12 Klogh., 8 Aussch.; Nadelh.: 7 Prgl., 215 Aussch. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Zwangsversteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert: **Donnerstag 21. 1., 10 Uhr in Favelstein:**

1 Sofa, plüsch, fast neu; ferner anschließend:
1 Hobelmaschine, 1 Hobelbank, 3 neue Schränke,
2 neue Wagenräder, 1 Drechselmaschine,
1 Brückenwaage, 1 Kreis-
säge, 2 leere Fässer und
anderes.

Zusammenkunft b. Rathaus.
Weidenbach, Gerichts-
vollzieherstelle Calw.

Calwer Lieberkranz



Heute abend
General-
versammlung
Bitte um
vollständiges
Erscheinen der
Sänger.

Heute Mittwoch Abend
8 Uhr

Frauen- besprechungsabend

im Backzimmer des Vereins-
hauses.



Delikatess- Sauerkraut

Pfd. 10

Rauchfleisch

durchwachsen

1/2 Pfd. 55

Linsen

Pfd. 20, 25, 30

Erbfen

Pfd. 25, 30

empfehlen wir
unseren Mitgliedern

Konsumverein

Hühneraugen

Hornhaut

eingewach. Nägel

entfernt ohne Messer

J. Obermatt

Bahnhofstr. 29, 1. St.



Alle Freunde des Motorsports,

haben der Interesse an Kraftfahrzeugen aller Art hat, laden wir zu dem am

Donnerstag, 21. Januar 1932,

abends 8 Uhr, im Saale des Hotel
Waldhorn in Calw stattfindenden

Lichtbilderabend

mit Vortrag des Herrn Gauschertür Rugler vom
Sau XII des ADAC. herzlich ein.

Die Darbietungen interessieren Jedermann
Die Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen.
Eintritt frei

Motorclub (A. D. A. C.) Ortsgruppe Calw

Landw. Bezirksverein Calw.

Bestellungen

auf Saatsfrucht und Saattartoffeln

wollen bis spätestens 1. Februar eingereicht werden.
Die Geschäftsstelle.

Neue Preise.

Seit 30 Jahren
bewährt



seither 40 Pfg. jetzt 35 Pfg.

Die sparsame Haushaltseife



seither 20 Pfg. jetzt 18 Pfg.

Für Wolle und
Seide



seither 30 Pfg. jetzt 25 Pfg.

Kaufe diese einheimischen Produkte!

überall erhältlich Hersteller: Ch. Schlatterer, Calw

Laden eventl. mit Wohnung

in verkehrsreicher Lage zu vermieten.

Zuschriften unter A. 2. 15 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

Lungenverschleimung

hartnäckiger Husten, Luftströmungskatarrh, Keuchhusten,
Bronchialkatarrh, Asthma usw. befeht und lindert
selbst in veralteten Fällen der schleimlösende

Deilheim's Brust- und Lungentee

Preis Mk. 1.25. Zu haben in allen Apotheken,
bestimmt Alte Apotheke Calw,
Apotheke in Liebenzell.

Guthe 500 Mt.

auf 6 Monate
geg. doppelte Sicherheit.

Angebote unter A. W. 15 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

3 Baupläze

in sommerlicher Lage je
5 a 90 qm an der Stuttgarter
Straße empfiehlt

Eduard Frommer

Am Freitag, d. 22. Januar,
abends 8 Uhr
spricht im Badischen Hof
in Calw

der Reichstagsabgeordnete Schneider
aus Ebersdorf in Schlesien
über

Eiserne oder braune Front?

Freie Aussprache Unkostenbeitrag 20 Pfg.
N.S.D.A.P., Ortsgruppe Calw

Evang. Kirchengesangverein Calw

Abendmusik

am Sonntag, 24. Januar, abends 5 Uhr
in der evangelischen Stadtkirche in Calw.
Werke von G. Muffat, J. Seb. Bach
u. a. für Orgel, Cello u. Einzelgesang

Eintritt frei
Programm mit Text 20 Pfg.
Opfer zur Deckung der Unkosten freundl. erbeten.

Das
Calwer
Tagblatt
darf als Heimatblatt
in keiner Familie
fehlen.

Ziehung 30. Januar 1932
3778 Geldgewinne mit Prämie,
Höchst- u. Hauptgewinne Mark

20000 10000 7000

Deutschum-Geldlose 1 Mark
13 Lose 12 M. / Porto und Liste 30 Pfg

Glückstaschen mit 5 Lose franko
mit Liste nur 5 Mark

J. Schweickert, Stuttgart
Markstr. 6
Postachtkto. Stuttgart 2055, Fernspr. 26641
sowie alle Verkaufsstellen

Hier bei Witz W., Fischer

Schöner Obst-
und Gemüsegarten
zu pachten gesucht
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Blattes.

Guteingebrachtes
Hen u. Dehmd
hat zu verkaufen
Eduard Frommer
Lederstr. 1

Keillich

Heute treffen ein:
Frische Schellfische
Goldbarsch,
Fischilet
(Hühnerfertig)
Fettbäcklinge
feinst geräucherter
Frühstücksschinken
(ohne Gräte)
alles zum billigsten
Tagespreis.